

**Initiativantrag**  
**der sozialdemokratischen Abgeordneten des Oö. Landtags**  
**betreffend**  
**ein Jugendrettungspaket für die Generation Corona**

**Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.**

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, im Rahmen der eigenen Möglichkeiten und bei der Bundesregierung für ein Jugendrettungspaket einzutreten, welches sicherstellen soll:

- Lehrstellengarantie für Jugendliche
- Ausbildungsprogramm für MaturantInnen auf Jobsuche
- Gezielte Hilfen, um Schulabbrüche zu verhindern.

Die Oö. Landesregierung wird darüber hinaus aufgefordert, sich bei der Bundesregierung für die Anhebung des Arbeitslosengeldes auf 70 Prozent des vorherigen Arbeitseinkommens einzusetzen.

**Begründung**

Die Vernichtung von Arbeitsplätzen in Folge der Coronakrise trifft junge Menschen mit voller Härte. Die Arbeitslosigkeit von unter 25-jährigen steigt laut den AMS-OÖ-Daten von Ende Mai 2020 mit +94,8% stärker als in allen anderen Altersgruppen. Um zu verhindern, dass die Coronakrise eine verlorenene Generation von jungen Menschen bewirkt, gilt es jetzt konsequent für die Zukunftschancen der Jungen zu kämpfen. Damit wird auch der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft nachhaltig gestärkt.

Die Anzahl der sofort verfügbaren Lehrstellensuchenden ist im Jahresvergleich von 447 auf 656 (+46,8%) gestiegen, auch die Zahl der nicht sofort verfügbaren Lehrstellensuchenden ist von 1064 auf 1362 (+28%) gestiegen. Gleichzeitig nimmt die Zahl der sofort verfügbaren offenen Lehrstellen ab. Es gilt daher Antworten auf die Lehrstellenkrise - insbesondere im Lehrlingsbundesland Nummer 1 - zu finden: Die Landesregierung muss im Bereich der landeseigenen Betriebe alle sinnvollen Möglichkeiten nutzen, um zusätzliche Lehrstellenangebote zu schaffen. Auch Gemeinden, kommunale Betriebe und vor allem private Unternehmen sollen in Oberösterreich mit geeigneten Maßnahmen - von finanziellen Hilfen über Schulungsangebote bis organisatorische Unterstützung - motiviert werden, der Erosion an Lehrstellen entgegenzuwirken. Auf diese Weise ist eine Lehrstellengarantie zu bewerkstelligen, die allen Jugendlichen eine Lehrstelle in zumutbarer Entfernung zum Wohnort bietet. Bei der Finanzierung und Umsetzung dieser Maßnahmen ist von der Landesregierung

die aktive Unterstützung durch die Bundesregierung zu suchen. Die angehenden Lehrlinge, die in vielen Fällen bereits eine Lehrstellenzusage hatten - nun aber in der Luft hängen - dürfen nicht im Stich gelassen werden.

Auch die Maturageneration 2020 steht vor besonderen Herausforderungen - insbesondere jene, die direkt in den Arbeitsmarkt einzusteigen geplant haben. Hatte eine HTL-Matura bis Anfang März 2020 noch den Charakter einer Arbeitsplatzgarantie, so müssen auch gesuchte Berufseinsteiger zur Kenntnis nehmen, dass die Situation am Arbeitsmarkt schwieriger geworden ist. Das gilt für nahezu alle Branchen. Das Land Oberösterreich ist daher gefordert, sämtliche MaturantInnen aktiv zu kontaktieren und gemeinsam mit den verfügbaren Arbeitsmarkt-Fachleuten individuelle Unterstützung bei der Suche nach Arbeitsplätzen und dem Berufseinstieg anzubieten. Die Coronakrise hat für einzigartige Einschnitte und Veränderungen gesorgt. Viele Antworten, die sonst Gültigkeit haben, gelten nicht mehr. Deshalb brauchen die jungen BerufseinsteigerInnen jetzt aktive Unterstützung. Das Gefühl der jugendlichen Stärke und der positiven Zukunftssicht darf nicht in Frustration und Wut umschlagen. Deshalb muss das Land Oberösterreich rasch und gezielt helfen. Dabei ist auch die Unterstützung der Bundesregierung zu suchen.

Distance-Learning, Home-Schooling und geblockter Unterricht haben die Schulkinder Oberösterreichs im Sommersemester 2020 massiv verändert. Bildungsexpertinnen und Bildungsexperten warnen, dass die Folgen dieser Veränderung erst im nächsten regulären Schuljahr in voller Tragweite erkennbar sein werden. Der Unterschied zwischen Schulkindern, die aktive Unterstützung zu Hause erfahren, und solchen, die eher auf sich allein gestellt sind, droht sich auszuweiten. Das kann nicht nur zu sozialen Spannungen in den Klassen, sondern zu extrem veränderten Lernerfolgen und letztlich sogar höheren Schulabbrüchen im Folgejahr führen. Um diesen negativen Entwicklungen gegenzusteuern, müssen den Schulen bzw. Den SchülerInnen die nötigen Werkzeuge zur Verfügung gestellt werden. Kostenloser Förderunterricht sind hier in Ergänzung zu kostenfreien Lerncamps das Gebot der Stunde. Um die Krise rasch und nachhaltig zu überwinden, gilt es niemanden zurückzulassen, vor allem nicht die junge Generation, die in wenigen Jahren zu den Stützen unserer Gesellschaft zählen soll.

Das Arbeitslosengeld entspricht in Österreich im Durchschnitt nur 55% des vorherigen Erwerbseinkommens. Damit liegt Österreich weit unter dem europäischen Durchschnitt von 65-70% Nettoersatzrate. Mit 55% des Einkommens können junge BerufseinsteigerInnen, die oft als erste in der Krise gekündigt wurden, aber kaum ihre täglichen Bedürfnisse decken. Der völlig unerwartete Verlust des Arbeitsplatzes droht sich dadurch zu einer existentiellen Krise auszuweiten. Dem gilt es gegenzusteuern, durch eine Anhebung des Arbeitslosengelds auf 70% des vorherigen Erwerbseinkommens, was dem europäischen Durchschnitt entspräche.

Linz, am 15. Juni 2020

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

**Makor, Weichsler-Hauer, Binder, Müllner, Rippl, Krenn, Schaller, Promberger, Lindner, Bauer**